Rechtsanwälte Oswald & Spindler ★ [redacted]

Rechtsanwälte
Lawyers · Avocats · Avokat
Axel Oswald
Franz Spindler

[redacted]
Telefon [redacted]
Telefax [redacted]
mail@[redacted]
www.[redacted]

Amtsgericht Stuttgart
Hauffstr. 5

70190 Stuttgart

5.10.20
15/20F07

In dem Strafverfahren gegen
[redacted]

- 202 Ls [redacted] -

wird beantragt,

1. die in der Anklageschrift vom 3.3.2020, Az. 8 [redacted]/20, angeklagten Taten

und 2. die in der Anklageschrift vom 27.1.2020 Az. 8 [redacted]/20 angeklagten Taten

gem. § 153 Abs. 2 hilfsweise gemäß § 153 a Abs. 2 StPO einzustellen.

Begründung:
Die angeklagten Taten beinhalten Vorkommnisse bei einer Gegendemonstration in Pforzheim gegen die neonazistische Partei "die Rechte" am 11.5.2019 .

Angeklagt sind in den benannten Anklageschriften im wesentlichen die Tatbestände Landfriedensbruch, versuchte gefährliche Körperverletzung, Tätlicher Angriff gegen Vollstreckungsbeamte, besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs.
Ohne der Beweisaufnahme vorzugreifen, wird diese erweisen, dass der Angeklagte als normaler Demonstrant auf dieser Demonstration aufgetreten ist, er war nicht vermummt, war nicht bewaffnet, wenn eine Fahnenstange nicht schon als Waffe angesehen wird.

Ganz offensichtlich war der Angeklagte bei dieser Gegendemonstration außerordentlich aufgebracht, in dem Bestreben, den Auftritt der neonazistischen Partei "die Rechte" zu unterbinden.
An dieser Stelle soll deshalb nochmals auf das politische Selbstverständnis und die Strukturen dieser Partei hingewiesen werden, ich habe versucht Wiederholungen mit der bereits

benannten Erklärung des Angeklagten zu vermeiden.
Der Soziologe Hendrik Puls bezeichnet die Partei "die Rechte" als Vertreterin des Typus der neonazistischen Bewegungspartei, die Partei spricht sich offen gegen den Parlamentarismus aus, der Verfassungsschutz sieht in dieser Partei die Fortführung von Aktivitäten der verbotenen neonazistischen Kameradschaften.
Gründer dieser Partei war Christian Worch, ein seit Jahrzehnten in der BRD agierender Neonazi. Von Kennern der Szene wird er als einer der führenden Kader der deutschen Neonaziszene bezeichnet. Er war bereits im Sommer 1978 mit seinem großen Vorbild und Mitstreiter Michael Kühnen in Hamburg bei einem Aufmarsch von Neonazis mit Eselsmasken dabei "Ich Esel glaube, dass in Deutschland Juden vergast worden sind", stand auf den mitgeführten Plakaten, ich habe ein Foto dieser Aktion beigefügt, an der Spitze des Aufzuges ist Christian Worch zu sehen, militant geschützt mit einem Helm, links von ihm im Hintergrund Michael Kühnen. Zusammen mit Michael Kühnen gründete er die "Aktionsfront Nationaler Sozialisten", ANS, die sich später unter direktem Bezug auf die NSDAP als ANS/NA umbenannte und dann verboten wurde, Worch trat dann später der FAP bei, die ebenfalls verboten wurde, weiterhin der "Hilfsorganisation für Nationale politischen Gefangenen und deren Angehörigen e.V." (HIAG) , die im Jahre 2011 von Innenminister Seehofer ebenfalls verboten wurde. Worch war enger Weggefährte von Michael Kühnen, der neonazistischen Symbolfigur des Nachkriegsdeutschlands, Berufsoffizier und Leutnant der Bundeswehr. Im Jahre 1977 gründete er eine Unterorganisation der vom US Amerikaner Gary Lauck in den USA aufgebauten neonazistischen NSDAP-Aufbauorganisation namens SA Sturm Hamburg.
In den achtziger Jahren entwickelte sich Kühnen zum führenden Kopf der militanten deutschen Neonaziszene. Zu seinen Anhängern gehörten Mitglieder der Wehrsportgruppe Fulda (Thomas Brehl), Kühnen leitete das verbotene Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler (KAH) er selbst gründete eine weitere Wehrsportgruppe Wehrwolf und bekannte sich zum militanten Neonazismus. Er übernahm den so genannten Widerstandsgruß, eine Abwandlung des Hitlergrußes mit drei Fingern, der mediengerecht eingesetzt und von den deutschen Gerichten nicht geahndet wurde. Meinem Antrag ist ein Lichtbild beigefügt, das Kühnen und Worch mit diesem neonazistischen Gruß zeigt.
Kühnen und auch sein Mitstreiter Christian Worch bekannten sich offen zum Nationalsozialismus und fungierten damit als Brückengeneration von Alt-Nazis und Angehörigen der Kriegsgeneration zu jungen Neonazis. Er trat immer wieder offen hetzerisch gegen jüdische Bürger auf, "ohne Lösung der Judenfrage, keine Erlösung der Menschheit", so eine seiner Parolen.
Seine Homosexualität versuchte Michael Kühnen ebenfalls ideologisch zu begründen, mit männerbündischen abstrusen Prinzipien, die "nutzbringende Sexualität von Männern könne nur in sexuellen Beziehungen zu anderen Männern oder Knaben gelebt werden", Frauen seien im sexuellen Kontext nur nötig, um den arischen Nachwuchs zu sichern.
Sein Bekenntnis zum Schwulsein führte zu einem offenen Bruch innerhalb der Neonaziszene, im Jahre 1991 starb Michael Kühnen an den Folgen von Aids.

Soweit zum Gründungsmitglied Christian Worch der Partei die Rechte und dessen politischen und neonazistischen Kontext.
Gegen Personen dieser Partei wollte der Angeklagte demonstrieren.

Als weitere Galionsfigur der Partei die Rechte ist die 92-jährige Holocaustleugnerin Ursula Haferbeck zu benennen.
Die Partei hat diese notorische Holocaustleugnerin als Spitzenkandidatin zur Europawahl 2019 benannt, um ihr eine weitere Haftstrafe zu ersparen.
Der Ehemann von Ursula Haferbeck, Werner Georg Haferbeck, nahm noch im Nationalsozialismus wichtige politische Funktionen war, von 1929 bis 1932 war er in der Reichsleitung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und von 1933-1934 in der Bereichsleitung der NSDAP aktiv.
Ursula Haferbeck stand diversen verbotenen Organisationen vor, ich erspare mir die einzelnen Aufzählungen. Sie war im Übrigen stellvertretende Leiterin im "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten" aktiv, der sich provokanter Weise am 9.11.2003, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, gründete. Mitglieder waren fast alle international bekannten

Holocaustleuger, Ernst Zündel, Kanada, Robert Faurisson, Frankreich, Fredrick Toben, Australien, auch der Rechtsterrorist und frühere Rechtsanwalt von Rudolf Heß, Manfred Röder, der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke und Anneliese Remer, die Witwe von Otto Ernst Remer, der maßgeblich an der brutalen Niederschlagung des Putschversuchs deutscher Offiziere am 20. Juli 1944 beteiligt war. Nach dem Krieg betätigte sich Remer weiter als bekennender Nationalsozialist und Holocaustleugner.
Zurück zu Ursula Haferbeck, der Spitzenkandidatin der Partei "die Rechte" für den Europawahlkampf, diese leugnete 2015 in der Sendung Panorama den Holocaust und bezeichnete ihn als die "nachhaltigste Lüge der Geschichte".

Gegen Personen dieser Partei wollte der Angeklagte demonstrieren.

Nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke traten Parteimitglieder der "Rechte" auf einer rechtsextremen Demonstration mit dem Banner "Schluss mit Pressehetze und Verbotsfantasien, Nationale Gegenoffensive" auf, wobei das Doppel-S der Offensive kursiv geschrieben war und damit den Bezug zur nationalsozialistischen SS herstellen sollte.
Vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen wurden die Mitglieder der Partei als Neonazis gezählt, die die verbotenen Kameradschaften weiterführten.

Ein weiterer bekannter Parteikader ist Siegfried Borchardt, von seinen Freunden gerne SS- Sigi genannt, auch er ein persönlicher Bekannter von Christian Worch und auch noch von Michael Kühnen. Er war der Gründer des rechten Dortmunder Hooligan-Fanclubs "Borussenfront", der sich regelmäßig an Ausschreitungen gegen Ausländer beteiligte und als Saalschutz für die NPD fungierte.
Auch Siegfried Borchardt war Kameradschaftsführer der ANS/NA und später Kreisleiter des Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers.
Siegfried Borchardt war mit Michael Berger befreundet, der im Juni 2000 3 Polizisten ermordete, nach den Morden wurden in Dortmund Aufkleber mit dem Schriftzug "Berger war ein Freund von uns, drei zu eins für Deutschland, KS Dortmund" verteilt.
Borchardt gilt als Kopf der Dortmunder Neonaziszene. Er ist international vernetzt und nahm am 20. Januar 2005 beispielsweise in den Niederlanden an einem Treffen offener neonazistischer, in Deutschland teilweise verbotener Vereinigungen wie z.B. "Blood and Honour" teil.
Er war im Mai 2014 dabei, als über 20 Neonazis versuchten, das Rathaus von Dortmund zu stürmen und die dort stattfindende Wahlpartie zu zerschlagen, sie wollten damit den gewonnenen Sitz im Stadtparlament feiern.

Vor der Europawahl 2019 fuhren Mitglieder der Partei die Rechte mit einem Lautsprecherwagen durch Pforzheim und hielten bewusst und provokant vor der Pforzheimer Synagoge an, ein Radiospot mit der obengenannten Holocaustleugnerin Ursula Haferbeck wurde abgespielt, Mitglieder der jüdischen Gemeinde berichteten, es seien Rufe "raus aus Deutschland" laut geworden, in unmittelbarer Nähe der Synagoge wurde das antisemitische Wahlplakat "Zionismus stoppen, Israel ist unser Unglück! Schluss damit !", aufgehängt, mit klaren Bezügen zu Propagandapamphleten der NSDAP.

Im Oktober 2015 wurde von der bayerischen Polizei in Nürnberg und Bamberg eine neonazistischen Terrorzelle ausgehoben, die bereits Waffen und Explosivstoffe gelagert hatte, mehrere der Festgenommenen gehörten zur Partei der Rechten.
Der damalige Parteivorsitzende Christian Worch sah keinen Anlass für eine Distanzierung von den Verdächtigen.

Gegen Personen dieser Partei wollte der Angeklagte demonstrieren.

Soweit, etwas ausholend, zu den politischen Zielen der Partei "die Rechte", die genannten Informationen habe ich aus der allgemein zugänglichen digitalen freien Enzyklopädie Wikipedia

entnommen, gerne kann das Gericht weitere Nachforschungen anordnen, z.B. mithilfe des Antifaschistischen Infoblatts Berlin, das ehrenamtlich betrieben wird und wiederholt Hintergründe und Informationen über rechte Umtriebe belegt und nachgewiesen hat, oder auch über das antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz), das ebenfalls rechte Umtriebe aufdeckt, und im Übrigen als eines der wenigen Presseorgane mit dem Projekt NSU-Watch an der permanenten Beobachtung des NSU Prozesses beteiligt war, für dieses Projekt den angesehenen Hans Frankenthal Preis der Stiftung des Auschwitz Komitees in Hamburg erhielt und durch den Beauftragten für Integration und Migration des Berliner Senats gefördert wird.

Der Nachweis der neonazistischen Aktivitäten und Strukturen der Partei "die Rechte" und die Legitimität des Protestes gegen diese Partei basiert nicht nur auf politisch moralischen Grundsätzen, obwohl diese bereits genügend Anlass für eine positive Bescheidung unseres Antrags stellten.

Durch Novellierung des Strafgesetzbuches, konkret des § 46 Abs. 2 StGB im Jahre 2015 wurde nämlich die Möglichkeit geschaffen, die Tatmotivation im Bereich von Rassismus und fremdenfeindlichen Taten prozessual besonders zu würdigen.
Bemerkenswert im Übrigen, dass dieses Gesetz erst nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte durch eine Gesetzesinitiative des Bundesrates eingebracht wurde.
§ 46 Abs. 2 1. Alt. StGB besagt, dass bei der Strafzumessung die Beweggründe und Ziele des Täters besonders bedacht werden müssen, rassistische, fremdenfeindliche und sonstige menschenverachtende Aspekte sind straferschwerend zu werten.
Dies muss im Umkehrschluss im vorliegenden Verfahren bedeuten, dass die Motivationen des Angeklagten, die dieser ausführlich dargelegt hat, gegen eine Partei, die eindeutig rassistische, fremdenfeindliche und menschenverachtende Hetze betreibt, strafmildernd zu berücksichtigen sind.

Diese Aspekte ernsthaft gewürdigt, könnte im vorliegenden Fall von einem offenen Gericht und einer ebensolchen Staatsanwaltschaft durchaus eine Einstellung der genannten Taten infrage kommen.
Dass die angeklagten Straftaten im Zusammenhang mit eingesetzten Polizeibeamten aufgetreten sind, relativiert die vorgetragenen Argumente nicht, insbesondere im Kontext damit, dass aktuell fast täglich neue Skandale und rechte Kontakte von Polizisten zu rechtsextremen Strukturen bekannt werden.
Das Gericht und auch die Staatsanwaltschaft könnte mit einer Einstellung hier ein eindeutiges Zeichen gegen diese Umtriebe setzen.

Spindler
Rechtsanwalt